



Newsletter

DIHK Steuern | Finanzen | Mittelstand



Liebe Leserinnen und Leser,

der Beschluss des Bundeshaushalts für 2024 und die mit dem „Zweiten Haushaltsfinanzierungsgesetz“ ebenfalls auf den Weg gebrachte Finanzplanung bis einschließlich 2027 gehören zu den wichtigsten gesetzgeberischen „To Dos“ zu Beginn des Jahres. Vieles, was sich in der politischen Planung befindet, kann erst umgesetzt beziehungsweise gestartet werden, wenn der Haushalt feststeht.

Abgeschlossen werden soll das Haushaltsgesetzgebungsverfahren möglichst am 2. Februar. Nach Verkündung im Bundesgesetzblatt würde dann auch die derzeit praktizierte vorläufige Haushaltsführung enden können. Wir berichten darüber, dass der Gesetzentwurf ab 2024 unter anderem eine höhere Luftverkehrssteuer und den öffentlich laut diskutierten schrittweisen Abbau der Steuerbegünstigung für Agrardiesel vorsieht. Weniger laut, aber ebenfalls intensiv wird weiterhin über das Wachstumschancengesetz verhandelt, das nach Beschluss des Haushalts im Vermittlungsausschuss geeint und dann beschlossen werden soll. Von der vorgesehenen Prämie für Investitionen in eine höhere Energieeffizienz und weiteren steuerlichen Entlastungen für die Unternehmen in einem bisher vorgesehenen Volumen von 6 Milliarden Euro wird der Bundeshaushalt etwa mit der Hälfte betroffen sein. Vor allem Länder und Kommunen, die ebenfalls zunächst Mindereinnahmen akzeptieren müssten, hatten die für die Wirtschaft entlastenden Maßnahmen Ende 2023 noch blockiert.



In Kraft getreten ist zum 1. Januar die Umsetzung der globalen Mindestbesteuerung. Wir berichten darüber, dass neben den Detailbestimmungen weitere flankierende Maßnahmen in anderen Gesetzen vorgesehen sind, wie die Senkung der Niedrigsteuergrenzen von 25 auf 15 Prozent bei der Hinzurechnungsbesteuerung im Außensteuergesetz. Als Referentenentwurf vorgelegt hat das Bundesjustizministerium das mit Spannung erwartete

IV. Bürokratieentlastungsgesetz. Wir informieren Sie über die wesentlichen Maßnahmen des Entwurfs und den weiteren Verlauf des Gesetzgebungsverfahrens, an dem sich die IHK-Organisation intensiv beteiligen wird. Ferner finden Sie in unserem ersten Newsletter des Jahres den aktuellen DIHK-Report Unternehmensnachfolge, in dem gezeigt wird, dass es offenbar noch nie so schwierig war wie derzeit, eine geeignete Nachfolge für das eigene Unternehmen zu finden. Auf drei Unternehmer/innen, die ihr Unternehmen übertragen wollen, kommt lediglich ein an einer Übernahme Interessierter beziehungsweise eine Interessierte.

Wir wünschen eine angenehme Lektüre.

Rainer Kambeck
Bereichsleiter Wirtschafts- und Finanzpolitik Mittelstand

Inhalt

Aktuelle Steuerpolitik und Steuerrecht

Gewerbsteuerliche Hinzurechnung von Standplatzmieten bei Imbissbetrieben

Verfassungsmäßigkeit der bayerischen Grundsteuer

GoBD-Praxisleitfaden (Version 2.2.) der AWV erschienen

Besondere Pflichten für Zahlungsdienstleister

Aktuelle Haushaltspolitik

Umsetzung zum Bundeshaushalt 2024 geht in die entscheidende Runde

Internationale und Europäische Steuerpolitik

Regeln für die wirtschaftspolitische Steuerung

Globale Mindeststeuer tritt zum 1. November 2024 in Kraft

Mittelstand

Unternehmensnachfolge – Lage im Handel besonders schwierig

Bürokratieabbau nimmt Fahrt auf

Aktuelle Steuerpolitik und Steuerrecht

Gewerbsteuerliche Hinzurechnung von Standplatzmieten bei Imbissbetrieben



©Allan Baxter / The Image Bank / Getty Images

Auch bei Imbissbetrieben im Reisegewerbe sind die Standplatzmieten bei der Gewerbesteuer hinzuzurechnen

Trotz der naturgemäß wechselnden Mietflächen liegt ein "fiktives Anlagevermögen" im Sinne der Hinzurechnungstatbestände bei der Gewerbesteuer vor.

Mehr erfahren



Verfassungsmäßigkeit der bayerischen Grundsteuer



©Longhua Liao / Moment Getty Images

In einem vorläufigen Verfahren hielt das bayerische Grundsteuermodell einer summarischen Verfassungsprüfung stand

Das bayerische Flächenmodell bei der Grundsteuer begegnet vorläufig keinen verfassungsrechtlichen Bedenken.

[Mehr erfahren](#)



GoBD-Praxisleitfaden (Version 2.2.) der AWW erschienen



©Fotolia: Bluedesign/AWW e.V.

Aktualisierte Arbeitshilfe für Unternehmen zum kostenlosen Download

Der bewährte Praxisleitfaden der AWW steht nunmehr Unternehmen in einer vollständig überarbeiteten Version 2.2 als aktuelle, praxisorientierte Hilfestellung zur Verfügung, wobei die jüngsten Änderungen zum Beispiel aufgrund des DAC 7-Umsetzungsgesetzes berücksichtigt wurden. In einem neu konzipierten Kapitel 5 „Verfahrensdokumentation und die Darstellung des GoBD-bezogenen internen Kontrollsystems einschließlich des Steuerkontrollsystems“ werden zudem wichtige Neuerungen erläutert, welche für die betriebliche Praxis von hoher Relevanz sind.

[Mehr erfahren](#)



Besondere Pflichten für Zahlungsdienstleister



©artpartner-images / The Image Bank / Getty Images

BMF veröffentlicht Anwendungsschreiben

Zum 1. Januar 2024 sind für Zahlungsdienstleister neue Aufzeichnungs- und Mitteilungspflichten in Kraft getreten. Wer als Zahlungsdienstleister anzusehen und davon betroffen ist, welche Sachverhalte dokumentiert und gemeldet werden müssen, wie die Übermittlung der Aufzeichnungen zu erfolgen hat und innerhalb welcher Frist sind nur einigen Fragen, die Unternehmen beschäftigen. Das Bundesministerium der Finanzen erläutert die neue Regelung in seinem

Anwendungsschreiben vom 28. Dezember 2023.

[Mehr erfahren](#)



Aktuelle Haushaltspolitik

Umsetzung zum Bundeshaushalt 2024 geht in die entscheidende Runde



©urbazon / iStock / Getty Images Plus

Zweites Haushaltsfinanzierungsgesetz im parlamentarischen Verfahren

Das Zweite Haushaltsfinanzierungsgesetz bringt wichtige Maßnahmen im Zusammenhang mit der Einigung zum Bundeshaushalt 2024 auf den Weg. Das Gesetz sieht ab 2024 unter anderem eine höhere Luftverkehrssteuer sowie den schrittweisen Abbau der Steuerbegünstigung für Agrardiesel vor.

[Mehr erfahren](#)



Internationale und Europäische Steuerpolitik

Regeln für die wirtschaftspolitische Steuerung



©Funtap / iStock / Getty Images Plus

ECON-Ausschuss legt seinen Standpunkt fest

Am 11. Dezember hat der Wirtschaftsausschuss des Europäischen Parlaments (ECON) seine Position für die Überarbeitung von zwei Verordnungen und einer Richtlinie – gehörend zum Gesamtkomplex des Stabilitäts- und Wachstumspaktes (SWP) – festgelegt.

[Mehr erfahren](#)



Globale Mindeststeuer tritt zum 1. November 2024 in Kraft



©PeterPencil / DigitalVision Vectors / Getty Images

Bundesrat und Deutscher Bundestag verabschieden Mindeststeuergesetz

Nach dem Gesetzesbeschluss durch den Deutschen Bundestag am 10. November 2023 hat nunmehr auch der Bundesrat dem Mindestbesteuerungsrichtlinie-Umsetzungsgesetz auf seiner letzten Plenarsitzung vor Jahresende am 15. Dezember 2023 zugestimmt. Die Regelungen sind daher, wie vorgesehen, nach Verkündung im Bundesgesetzblatt am 27. Dezember 2023 zum 1. Januar 2024 in Kraft getreten.

[Mehr erfahren](#)


Mittelstand

Unternehmensnachfolge – Lage im Handel besonders schwierig



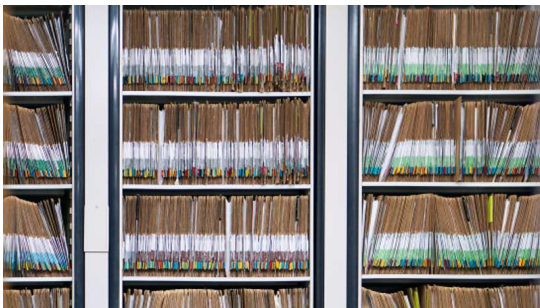
©designer491 / iStock / Getty Images Plus

Fast sechsmal so viele Unternehmen wie Nachfolgeinteressierte

Die zunehmenden Engpässe bei der Unternehmensnachfolge ziehen sich durch sämtliche Branchen. Insgesamt suchten im abgelaufenen Jahr mehr als dreimal so viele abgabewillige Unternehmen die IHKs auf als Nachfolgeinteressenten. Besonders eng ist die Situation im Handel – hier meldeten sich fast sechsmal Unternehmen als Interessierte.

[Mehr erfahren](#)


Bürokratieabbau nimmt Fahrt auf



©fotofrog / E+ / Getty Images

Justizministerium veröffentlicht Referentenentwurf des BEG IV

Vor Weihnachten hat die Bundesregierung ihren internen Abstimmungsprozess zum Vierten Bürokratieentlastungsgesetz gestartet. Mit dem am 11. Januar 2024 veröffentlichten Referentenentwurf beginnt der Gesetzgebungsprozess des Bürokratieentlastungsgesetzes, bei dem die DIHK und andere Interessengruppen nun Stellung zum Entwurf beziehen können.

[Mehr erfahren](#)



Gefällt Ihnen unser Newsletter?

Dann empfehlen Sie ihn weiter oder melden Sie sich hier an.

[Über uns](#) | [Impressum](#) | [Weitere Newsletter](#)



Herausgeber:

DIHK | Deutsche Industrie- und Handelskammer
Breite Straße 29
D-10178 Berlin
Telefon +49 30 20308 2608
E-Mail newsletter-wfm@dihk.de

Verantwortlich für die Endredaktion:
Dr. Kathrin Andrae